

KOMMENTAR



Hans-Dieter Fuser
zum steigenden
Extremismus

Ein Alarmsignal

Wenn die Bereitschaft zur Gewalt in unterschiedlichen Bereichen des Extremismus steigt, sollte das für die Verantwortlichen in Politik, Justiz und sozialen Einrichtungen ein Alarmsignal sein. Offenkundig bricht sich hier – aus völlig unterschiedlichen Motivationen – ein Gefühl der Benachteiligung Bahn. Das kann – muss aber nicht – für benachteiligte deutsche Kinder ebenso wie für traumatisierte Flüchtlinge gelten. Nicht bei allen schlägt das ins Extremistische um, aber der Nährboden für eine Radikalisierung ist bereitet. Auf jeden Fall sind solche Menschen empfänglicher für populistische Botschaften.

Politische Rattenfänger machen sich diese Zusammenhänge zunutze. Sie klären erst einmal die „Schuldfrage“, und das auf simple Art und Weise: Genannt werden etwa „die Juden“, „die Muslime“, „die Politiker“ oder nicht zuletzt auch „die Presse“. Differenzierung ist anstrengend. Und wer macht sich schon die Mühe, den Dingen wirklich auf den Grund zu gehen? Leichter ist es doch, sich unter Gleichgesinnten gegenseitig in seinen Vorurteilen zu bestätigen.

Hier muss der Staat in allen seinen Facetten ansetzen. Mit einer besseren Bildung in den Schulen, mit Programmen gegen die Abschottung von Ausländern in Parallelwelten und auch mit der Eindämmung des ausländischen Einflusses auf Moschee-Vereine. Und ja, nicht zuletzt auch mit einer stärkeren Polizei.

Fahrverbote: Verkehrsminister sorgt für heftige Kritik

Streit wegen Hermann

STUTTGART. Nachdem Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) im Interview mit dieser Zeitung die Autobranche hart attackierte und ihr fehlenden Willen bei der Nachrüstung alter Fahrzeuge unterstellte, steht der Grünen-Politiker selbst im Kreuzfeuer der Kritik. Auch seine Aussage, etliche Politiker von CDU, SPD und FDP würden mit Blick auf mögliche Fahrverbote in Stuttgart zum Rechtsbruch aufrufen, sorgte für heftige Reaktionen. „Den anderen Parteien Aufforderung zum Rechtsbruch vorzuwerfen, ist eine Entgleisung des Verkehrsministers, die beispiellos ist“, sagte SPD-Landtagsfraktionschef Andreas Stoch.

Hermann misdeute das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig. Dieses besage, bevor es zu Fahrverboten in Stuttgart komme, müssten alle anderen Maßnahmen geprüft werden. Hermann sagte im Interview: „Ich strebe keine Fahrverbote an, aber die Wahrheit ist, dass wir keine Wahl mehr haben.“

Auch der Stuttgarter Koalitionspartner reagierte verärgert über den Grünen-Minister. Der CDU-Verkehrsexperte Thomas Dörlinger sprach mit Blick auf die Rechtsbruch-Äußerung von einem „schwerwiegenden Vorwurf“. Es müsse erst die Urteilsbegründung abgewartet werden.

Die FDP im Südwesten attackierte Hermann ebenfalls. „Er kann sich angesichts der von ihm schon seit jeher beabsichtigten Fahrverbote die grünen Krokodilstränen sparen“, sagte Verkehrsexperte Jochen Haußmann. FDP-Generalsekretärin Judith Skudelny zeigte sich entsetzt über die Aussage Hermanns, der in dem Interview von „arroganten Autofahrern“ sprach, die sich als Melkkuhe sehen würden. Skudelny: „Mit seinen verbalen Auslassungen spaltet er die Gesellschaft.“ *mis*

Soziales: Betreuungspersonal verlangt bessere Bedingungen und höhere Bezahlung / CDU unterstützt das Anliegen

Tageseltern wollen mehr Geld

Von unserem Korrespondenten
Michael Schwarz

STUTTGART. In der grün-schwarzen Landesregierung gibt es Diskussionen darüber, die Situation der knapp 6700 Tageseltern in Baden-Württemberg zu verbessern. Diese betreuen im Südwesten mehr als 22 000 Kinder und fordern schon lange eine höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen. CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhart erklärt im Gespräch mit dieser Zeitung, er mache sich für die Wahlfreiheit zwischen den klassischen Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege stark. „Die Kindertagespflege durch Tagesmütter und -väter ist eine wichtige Säule der Kinderbetreuung im Land und eine wertvolle Ergänzung der institutionellen Angebote“, so Reinhart. Deswegen fordere die CDU, dass „die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen verbessert werden“. Es sei zunächst notwendig, die Bezahlung der Tageseltern pro betreutem Kind und pro Stunde „um bis zu einem Euro zu erhöhen“. Dies solle rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres umgesetzt werden.

Land übernimmt Teil der Kosten

Derzeit erhalten Tageseltern für ein Kind unter drei Jahren 5,50 Euro je Stunde und für ein Kind ab drei Jahren sogar nur 4,50 Euro. Dieses Geld müssen die Tageseltern, die als Selbstständige tätig sind, versteuern – und alle weitere Betreuungskosten selbst bestreiten. Wird Reinharts Vorstoß realisiert, müsste das Land jährliche Mehrkosten in Höhe von bis zu 16 Millionen Euro übernehmen. Umgesetzt werden könnte die Forderung im Pakt für Bildung und Betreuung, den die grün-schwarze Regierung gerade mit den kommunalen Landesverbänden verhandelt. Dem Vernehmen nach stehen die Chancen gut, dass die Tageseltern mehr Geld bekommen.

Generell sind in Baden-Württemberg zwar die Kommunen für die Kindertagespflege zuständig, doch das Land übernimmt einen Teil der Betriebskosten. Und hier geht es um durchaus stattliche Beträge. Allein für die Kleinkindbetreuung – also Kinder unter drei Jahren – gab es vom Land 2017 Zuweisungen in Höhe von 824 Millionen Euro an die Kommunen. Davon wurden rund 60 Millionen Euro auf die Stadt- und Landkreise für die in der Tagespflege betreuten Kinder verteilt. Der größte Teil wird für öffentliche Betreuungseinrichtungen verwendet. In diesen befinden sich momentan im Süd-



Eine Erzieherin liest mit Zwillingen ein Buch in einer Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Für den wachsenden Bedarf an Tagespflege gibt es nicht genügend Fachkräfte. BILD: DPA

Kindertagespflege in Baden-Württemberg

Die Zahl der Kinder, die in der Tagespflege in Baden-Württemberg betreut werden, ist in den vergangenen Jahren sukzessive angestiegen.

2010 nutzten laut Statistischem Landesamt noch die Eltern von rund 15 600 Kindern das Angebot. 2012 waren es bereits knapp 19 000, im Jahr 2015 schon über 20 000. Aktuell sind es bereits mehr als 22 000. Den größten Teil machen

westen rund 420 000 Kinder im Alter von bis zu 14 Jahre. Mit mehr als 350 000 Kindern ist der größte Teil von ihnen unter sechs Jahren und damit im klassischen Kita-Alter.

Zudem haben die Eltern von Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Seit 2013 gilt diese Regelung auch für Unter-Dreijährige. „Ohne die Tages-

kleinkinder im Alter von bis zu drei Jahren aus. Der Personalbestand in der Kindertagespflege hat sich trotz des zunehmenden Betreuungsbedarfs in den vergangenen Jahren nicht signifikant verändert.

Seit 2013 gibt es in Baden-Württemberg zwischen 6600 und 7000 Tagesmütter und -väter. Der überwiegende Teil übt die Tätigkeit hauptberuflich aus. *mis*

eltern könnten die Kommunen diesem Rechtsanspruch gar nicht gerecht werden“, sagt Christina Metke, Vorsitzende des Landesverbands Kindertagespflege in Baden-Württemberg.

Sie fordert schon lange eine bessere Bezahlung der Tageseltern. „Seit sechs Jahren ist an den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Bezahlung von Ta-

geseltern nichts verändert worden“, beklagt sie. Metke betont die größere Flexibilität, die Tageseltern im Vergleich zu Kindertagesstätten bieten können. „Tageseltern sind oft sehr flexibel und können zum Beispiel Kinder betreuen, deren Eltern Schichtarbeit verrichten“, so Metke. Zudem würden Kinder auch am Wochenende betreut oder Übernachtungen angeboten.

Diese Flexibilität werde gerade dann nachgefragt, wenn beide Eltern beruflich stark eingespannt seien. Auch bei den Örtlichkeiten seien Tageseltern flexibel. „Entweder es wird in den eigenen vier Wänden betreut, in angemieteten Räumen – oder sogar im Haushalt der Eltern“, erklärt Metke. Gerade bei den angemieteten Räumen sieht Reinhart Verbesserungsbedarf.

Er fordert, dass hier auch mehr als zwölf Kinder durch Tageseltern betreut werden dürfen. Auch dies würde die Einkommenssituation der Betreuungspersonen verbessern.

IN KÜRZE

Ermittler sehen keinen Vorsatz

TENINGEN. Rund drei Wochen nach der Verletzung einer Lehrerin mit einem Messer durch einen Zweitklässler in Teningen bei Freiburg hat die Polizei ihre Ermittlungen beendet. Es liege keine vorsätzliche Straftat vor, teilten die Beamten gestern mit. Der Junge habe die Lehrerin nicht absichtlich verletzt. Es habe sich vielmehr um ein Gerangel mit unglücklichem Ausgang gehandelt. Dieses Ermittlungsergebnis habe die Polizei an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Der Vorfall hatte sich am 6. März ereignet. Nach Polizeiangaben wurde die Lehrerin verletzt, weil der Siebenjährige während einer Auseinandersetzung mit einem Messer hantierte. *lsw*

Südwesten lässt nicht locker

STUTTGART. Baden-Württemberg lässt im Rennen um ein geplantes deutsch-französisches Zentrum für Künstliche Intelligenz (KI) nicht locker. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) haben sich in einem Brief an Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) gewandt und darin nochmals für den Standort geworben, wie ihre Ministerien gestern mitteilten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) habe in derselben Sache bereits an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) appelliert. *lsw*

Entflohener Häftling gefasst

MAINZ/SPEYER. Der vor zwei Monaten aus einer Arrestzelle des Amtsgerichts in Speyer geflohene Untersuchungshäftling ist festgenommen worden. Die Polizei habe ihn nach einem anonymen Hinweis in einem Haus in Speyer entdeckt, sagte ein Polizeisprecher gestern. Der Mann hatte ein Lochblech von der Innenseite des Zellenfensters entfernt und damit die Glasscheibe eingeschlagen. Mittlerweile wurde ein neues Blech eingeschweißt. *lrs*

Betrunkener Fahrer schläft ein

BIETIGHEIM-BISSINGEN. Ein Autofahrer in Bietigheim-Bissingen sei vor einer Ampel betrunken auf Steuer seines Wagens eingeschlafen, teilte die Polizei gestern mit. Ein Zeuge habe Alarm geschlagen, als er den anscheinend leblosen Körper bemerkte. Vor einer Blutentnahme zur Kontrolle des Alkoholgehalts habe der Mann zu fliehen versucht. Als ihm Handschellen angelegt wurden, habe er Beamte beleidigt. Ergebnis: Führerschein beschlagnahmt, Auto abgeschleppt, nun droht ein Verfahren. *lsw*

Kriminalität: Von Unbekanntem mit Metallstock geschlagen

Angriff auf Ditfurth

KARLSRUHE/MANNHEIM. Nach der Attacke auf eine Politikerin am Freitagnachmittag in einem Zug mit einer Metallstange sucht die Polizei nun Zeugen des Vorfalls. Bei dem Opfer handelt es sich um die Aktivistin Jutta Ditfurth. Der Angreifer soll den Zug am Hauptbahnhof Mannheim verlassen haben.

Die 66-Jährige schrieb auf ihrem Facebook-Profil, sie sei in einem ICE auf der Fahrt vom Hauptbahnhof Frankfurt in Richtung Freiburg von einem jungen Mann mit einem Metallstock „zweimal schnell und mit voller Wucht von hinten auf den Kopf geschlagen“ worden sein. Nach Angaben der Polizei soll der Mann gegen 15.36 Uhr den Zug in Mannheim verlassen haben.

Er sei etwa 1,70 Meter groß gewesen, hellhäutig, sprach Deutsch. Er trug eine rote Pudelmütze und führte einen Trolley-Koffer in den Farben Schwarz/Orange mit sich. Auf ihrem Facebook-Profil mutmaßt die linke Aktivistin, dass der Täter womöglich aus Marburg gekommen sei. Ob der Täter am Hauptbahnhof Mannheim aus- oder umgestiegen sei, ist nicht bekannt.

Zeugen werden gebeten, sich unter der Rufnummer 0721/120160 oder unter der kostenfreien Nummer 0800/6888000 bei der Polizei zu melden. *mik/pol*

Extremismus: Mit Islamisten, Rechtsradikalen und „Reichsbürgern“ hat der Verfassungsschutz im Südwesten immer mehr zu tun

Steigende „Bereitschaft zur Gewalt“

STUTTGART. Der Salafismus hat in Baden-Württemberg nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr deutlich an Zulauf gewonnen. Die Zahl der Salafisten sei zwischen 2016 und 2017 von 620 auf 750 gestiegen, teilte die Behörde gestern mit. Zuvor hatten „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ (Mittwoch) darüber berichtet.

Die Steigerung fiel damit deutlich höher aus als in den Vorjahren. 2014 hatte der Verfassungsschutz die Zahl der Salafisten im Südwesten noch auf 550 geschätzt, 2015 auf 600. Der Salafismus ist eine besonders konservative Ausprägung des Islam und gilt als ein wesentlicher Nährboden für islamistischen Terrorismus.

Linke Szene weniger auffällig

Laut den Zeitungsberichten stellt der Verfassungsschutz fest, dass „die Bereitschaft zur Gewalt“ in den extremistischen Szenen des Landes generell gestiegen ist. Zahlen zu anderen extremistischen Milieus will die Behörde erst im neuen Verfassungsschutzbericht im Juni veröffentlichen.

Besondere Schwerpunkte ihrer Arbeit lägen auf den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus,

sagte ein Sprecher gestern. Auch die links-extreme Szene werde weiterhin beobachtet, spiele aber im Vergleich eine eher geringe Rolle im Südwesten.

Ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet werden die sogenannten Reichsbürger. Sie lehnen die Bundesrepublik als Staat ab und behaupten, das Deutsche Reich beste-

he fort. Schlagzeilen machen „Reichsbürger“ bundesweit immer wieder, da sie sich den aus ihrer Sicht illegitimen Staatsorganen der Bundesrepublik widersetzen. Dadurch kommt es im Umfeld der „Reichsbürger“ häufig zu Straftaten.

583 Straftaten sogenannter Reichsbürger im Südwesten wies die polizeiliche Kriminalstatistik im Jahr 2017 auf, das sind 18,3 Prozent mehr als die 493 im Jahr 2016. Der Verfassungsschutz beobachtet die „Reichsbürger“ seit Ende 2016. Die Erfassung der Szene sei noch nicht abgeschlossen, sagte der Sprecher. Ob sie in den vergangenen Monaten gewachsen sei, lasse sich daher noch nicht abschätzen.

Antisemitismus im Fokus

Auch Antisemitismus wird in Baden-Württemberg zunehmend zum Thema. Die Landesregierung hat angesichts einer wiedererstarkenden Judenfeindlichkeit den Religionswissenschaftler Michael Blume als Antisemitismusbeauftragten eingesetzt. Wegen eines aktuellen Falls in Berlin hatte Blume sich am Dienstag dafür ausgesprochen, antisemitische Vorfälle an Schulen zu erfassen. *lsw*

► **Kommentar**



Das Emblem des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist an einer Glastür zu sehen. In Baden-Württemberg rücken Islamismus und Rechtsextremismus in den Blick. BILD: DPA